

Doping: SPD gegen DSB und NOK

Berlin. Die Präsidenten des Deutschen Sport-Bundes (DSB), Manfred von Richthofen, und des Nationalen Olympischen Komitees (NOK), Klaus Steinbach, halten es wie gehabt: Sie wollen kein Antidoping-Gesetz. Unter Politikern der verschiedenen Parteien wurde die Diskussion bei einer Anhörung vor dem Sportausschuß des Deutschen Bundestages am Mittwoch in Berlin dagegen kontrovers fortgesetzt.

Generell lehnt die deutsche Sportführung die »Kriminalisierung« dopender Sportler weiter ab, sieht sich dabei auf einer Linie mit IOC-Präsident Jacques Rogge. Von Richthofen stützt seine Ablehnung auf die Empfehlungen der Rechtskommission des DSB gegen Doping. Danach seien keine neuen Gesetze notwendig.

Auch für Steinbach reicht es aus, die Spielräume geltender Gesetze besser auszuloten. Er sprach sich wie Richthofen für eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft aus, um besseren Zugriff auf das Umfeld der Sportler nehmen zu können.

Der DSB-Chef plädierte darüber hinaus für eine bessere Kennzeichnung verbotener Substanzen. Fitneßstudios sollten genauer unter die Lupe genommen, der gewerbs- und bandenmäßige Handel mit Dopingmitteln stärker bestraft werden.

Im Vorfeld hatte sich der Ausschußvorsitzende Peter Danckert erneut für ein Gesetz nach dem Vorbild von Frankreich oder Italien ausgesprochen. Das Arzneimittelgesetz reiche nicht. Dies habe die Razzia im Quartier Österreichs während der Olympischen Winterspiele wieder deutlich gemacht, erklärte Danckert der Süddeutschen. Außerdem brachte der SPD-Politiker eine »Dopingsteuer« ins Spiel. Ein Prozent von jedem großen Sponsorenvertrag solle an die Nationale Antidoping-Agentur (NADA) gehen.

Auch SPD-Kollegin Dagmar Freitag sieht die Politik am Zug: »Ein Weiter-So kann es nicht geben. Nach Turin muß jeder erkannt haben, daß der Sport an seine Grenzen gestoßen ist. Wir wollen den Handlungsauftrag annehmen, weitere gesetzliche Regelungen sind notwendig.« (sid/jW)
<https://www.jungewelt.de/artikel/63694.doping-spd-gegen-dsb-und-nok.html>